

Zur Kritischen Infrastruktur der Liberalen Demokratie

Jan-Werner Müller

Das Thema Infrastruktur ist in Mode. Joe Biden hat trotz der generellen Blockadehaltung der Republikaner parteiübergreifende Unterstützung für seinen Plan gewonnen, die maroden Brücken und einsturzgefährdeten Tunnel Amerikas instand setzen lassen; in Deutschland soll, nachdem die Defizite in der Pandemie so schmerzhaft deutlich geworden sind, endlich mit digitaler Infrastruktur ernst gemacht werden. Daran kann niemand etwas aussetzen, so offensichtlich ist der allgemeine Bedarf.

Weniger klar ist, dass auch demokratische Politik eine Infrastruktur braucht – und damit sind nicht nur leicht zugängliche Wahllokale gemeint. Infrastruktur bedeutet grundsätzlich: Möglichkeiten, andere erreichen und von ihnen erreicht zu werden; deswegen sind Straßensysteme und auch die Post (von Trump, man erinnere sich, gnadenlos politisiert) Paradebeispiele für Infrastruktur. Und in der liberalen, repräsentativen Demokratie? Da braucht es vor allem Parteien und professionelle Medien, die es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich miteinander zu verbinden oder, abstrakter ausgedrückt, ihre kommunikativen politischen Grundfreiheiten effektiv zu nutzen und sich zusammenzuschließen. Nicht umsonst trug die erste deutschsprachige Wochenzeitung, die im frühen 17. Jahrhundert in Straßburg herausgegeben wurde, den Namen *Relation*. Die vielgescholtenen sozialen Medien sind deswegen auch nicht schon an sich eine Bedrohung für die Demokratie – im Gegenteil. Aber es kommt darauf an, sie demokratiefreundlich zu regulieren.

Mit alledem soll nicht gesagt sein, dass sich durch mehr Verbindungsmöglichkeiten allein Bedrohungen für die Demokratie entschärfen ließen. Und schon gar nicht soll eingestimmt werden in den kommunitaristisch-kit-schigen Chor (der in Deutschland immer besonders lautstark ist), wonach

Demokratie primär Zusammenhalt bedeutet. Dass es Connections gibt und Menschen andere leicht erreichen können, impliziert noch lange nicht Konsens oder auch nur Solidarität. Autobahnen ermöglichen Bewegungsfreiheit, sie bedeuten nicht, dass wir alle in eine Richtung fahren (oder wie viele Leute man im Wagen mitnimmt). Nur: Es geht ja in der Demokratie auch gar nicht darum, allen die Richtung vorzugeben. Und ebenso wenig wie sich der Sinn einer Reise aus dem Vorhandensein von Leitplanken ergibt, erschöpft sich Demokratie im Ziehen von normativ-rechtlichen Grenzen. Aber dass sie eine wichtige Funktion erfüllen, kann niemand bestreiten.

Effektiver Gebrauch politischer Grundfreiheiten

Entgegen den Verfechtern von »illiberaler Demokratie«, laut derer Volksherrschaft sich auf den Urnengang reduziert, ist Demokratie undenkbar ohne den effektiven Gebrauch politischer Grundrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (die denn auch von den Illiberalen auf die ein oder andere Weise eingeschränkt werden, um ihre Macht zu sichern, ohne Wahlen offiziell abzuschaffen). Der Wert dieser kommunikativen Rechte erhöht sich entscheidend, wenn ihr Gebrauch von Organisationen erleichtert wird. Ich kann auch allein auf der Straße demonstrieren, und all meine unveröffentlichten Meinungsartikel an Familie und Freunde verschicken oder sie im Spam von Unbekannten landen lassen. Aber offensichtlich vermögen vor allem politische Parteien und die vermeintlich »alten« Medien Wunder zu wirken, wenn es darum geht, eine Botschaft zu vervielfältigen (andere Organisationen allerdings auch; mit dem Fokus auf Parteien und Presse im weitesten Sinne soll zivilgesellschaftlichen Institutionen oder auch Gewerkschaften nicht der Wert abgesprochen werden; nur: repräsentative Demokratie ohne Parteien und Presse geht gar nicht).

Sicher hat nicht jeder ein so rosiges Bild von »vermittelnden Institutionen«. Kritiker monieren, Organisationen, die sich sozusagen zwischen das Volk und das politische System drängten, verstärkten immer Ungleichheit. Liberalen wie Alexis de Tocqueville, einem der großen Verfechter der *corps intermédiaires* im 19. Jahrhundert, wurde stets vorgeworfen, mit dem Lob dieser Instanzen hintenrum wieder so etwas wie Aristokratie legitimiert zu haben – ein Vorwurf, der auch in heutiger Verachtung der »politischen Klasse« oder der »Medienblase« noch mitschwingt. Es werde gar nicht vermittelt, so die

landläufige Kritik, sondern die wahre Stimme des Volkes verzerrt. Trump beschrieb Twitter einmal als Zeitung ohne Verluste, ein andermal als literarisches Medium, für das er einzigartiges Talent besitze (schließlich ernannte er sich mit gewohnter Bescheidenheit zum »Ernest Hemingway der 140 Zeichen«). Vor allem jedoch erklärte er Twitter zu seinem »Megaphon«, mit dem er den vermeintlichen »Lärm« der traditionellen Eliten durchdringe. Beppe Grillo, Gründer der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, forderte die Anhänger auf, über seinen Blog direkt Kontakt aufzunehmen und so die *casta* der korrupten Politikerinnen und Berufsjournalisten zu umgehen. Die »einfachen Leute« wüssten nämlich am besten, was wirklich Sache sei; Grillos Versprechen lautete schlicht, als ihr »Verstärker« zu funktionieren.

Es wäre voreilig, aufgrund solcher (falscher) Versprechen die sozialen Medien als strukturell populistisch zu bezeichnen. Die Frage ist erst einmal: Was soll eine kritische Infrastruktur der Demokratie eigentlich genau leisten? Zum einen soll sie Bürgerinnen und Bürgern Gesellschaft – inklusive ihrer Konflikte – darstellen und erfahrbar machen. Gegensätze sind nicht einfach objektiv gegeben; Interessen, Ideen und ja: auch Identitäten, müssen erst einmal als politisch relevant aufbereitet werden. Anders gesagt: Arbeiterinnen und Arbeitern braucht man nicht erklären, dass sie Arbeiter sind, aber erst eine sozialistische Partei macht ihnen vielleicht plausibel, dass sie Teil einer Arbeiterklasse sind, die im Clinch mit den Besitzern der Produktionsmittel liegt. Deswegen ist die in Deutschland beliebte Rede von der »Repräsentationslücke« so irreführend: Repräsentationsansprüche sind nicht einfach so da; sie werden von Parteien (und auch professionellen, auf Politik fokussierten Medien) erst einmal geformt – ohne, dass man diesen Prozess als notwendigerweise paternalistisch oder gar manipulativ verdächtigen sollte.

Es sollte in einer Demokratie möglichst einfach sein, neue Repräsentationsangebote zu machen. Das gilt vor allem für Parteien, deren Aufgabe es eben auch ist, Streit anzufangen und Konflikte auf produktive Weise auszutragen. Aber auch Medien ist es nicht verboten, Kampagnen zu lancieren, mit denen sie auf Missstände aufmerksam machen. Größen in der Geschichte des Journalismus wie der Brite W. T. Stead, einer der Erfinder des Interviews und der investigativen Recherche, sahen sich nicht zu Unrecht als moderne Volkstribüne.

Produktive Konflikte in der Demokratie – und unproduktive

Aus demokratietheoretischer Sicht entscheidend ist nun nicht, dass alle immer schön auf Zusammenhalt achten – wenn es nur darum ginge, wäre es vielleicht stets am besten, erst gar nicht mit irgendwelchen Streitereien anzufangen, so berechtigt ihre Gründe auch sein mögen. Vielmehr kommt es darauf an, dass Konflikttteilnehmende nicht suggerieren, ihre politischen Gegner gehörten eigentlich gar nicht zum Volke oder seien gar existentielle Feinde – das klassische Manöver der autoritären Rechtspopulisten, die bekanntermaßen stets behaupten, allein sie verträten das Volk oder was bei ihnen auch gern als das »wahre Volk« bezeichnet wird. Dieser politischen Logik entsprechend gilt dann auch: Produktive Konflikte kann man nur mit Konfliktpartnern ausfechten, die man anerkennt; wer aber gar nicht dazugehört, kann von vornherein kein Partner ein.

Darüber hinaus muss, wer demokratischen Streit führen will, ein Mindestmaß an Fakten respektieren. Schon klar: »Die Fakten« sprechen nie für sich selbst, und die Vorstellung man könne Fakten und Meinungen immer fein säuberlich trennen, ist eine Illusion. Nur gilt auch hier: Wer überhaupt keine gemeinsame Faktenbasis anerkennt, wird auch andere nicht als legitime Konfliktpartner wahrnehmen können. Man kann niemanden mehr erreichen; und man wird für andere unerreichbar.

»Pluralismus« mag wie ein Klischee aus dem Sozialkundeunterricht klingen – aber ist doch entscheidend dafür, dass eine Demokratie ihren offenen, dynamischen, ja gar kreativen Charakter nicht verliert. Es muss eine Vielfalt von politischen und journalistischen Angeboten geben – und, weniger offensichtlich: Innerhalb von vermittelnden Institutionen sollte es idealerweise auch pluralistisch zugehen. Das Grundgesetz macht innerparteiliche Demokratie sogar zur Pflicht, und Räte wachen über die Ausgewogenheit der Medien.

Manchem mag das widersprüchlich erscheinen: Man macht schließlich bei einer Partei mit, weil man ganz spezifische Prinzipien teilt, und nicht, weil man endlos pluralistisch-tolerant wäre. Und ein Publikum will eine bestimmte Zeitung, weil es das Zeitgeschehen beispielsweise aus konservativer Warte interpretiert lesen will. Nur: Kein Prinzip setzt sich von selbst um, man muss stets diskutieren und abwägen; und ein Blatt, das immer nur das ideologisch Erwartbare liefert, wird zum (langweiligen) Propagandainstrument. Ohne Konflikte geht es nicht.

Was es bedeutet, wenn der Anspruch auf inneren Pluralismus und Konfliktfähigkeit ganz aufgegeben wird, zeigt einmal mehr ein Beispiel aus den USA: Trump funktionierte die Republikanische Partei bekanntlich zu einer Art Personenkult um: Wer dem Reality-TV-Star nicht huldigt, oder gar wagt zu behaupten, Biden habe die Wahl 2020 rechtmäßig gewonnen, wird zum Verräter erklärt und zum Teil buchstäblich aus der Partei ausgeschlossen. Ohne Pluralismus bildet sich keine kritische Loyalität und legitime Opposition innerhalb einer Partei, die einen Autoritären wie Trump rechtzeitig in die Schranken hätte weisen können. Und in Trump-treuen Medien findet sich bekanntlich auch kaum jemand mehr, der, seinem journalistischen Gewissen verpflichtet, auf Fakten gepocht hätte.

Wettbewerb, Rechte, Transparenz – reicht das?

Das Problem bei den Trumps und Grillos dieser Welt ist denn nicht, dass sie potentiellen Anhängern ein Repräsentationsangebot machen. Das Problem ist eben, dass sie behaupten, als einzige das Volk zu vertreten und allen politischen Gegnern im Namen des Volkes grundsätzlich die Legitimität absprechen (was nicht heißen soll, dass ein Ausschluss bestimmter Akteure nie gerechtfertigt sein könnte – Stichwort wehrhafte Demokratie). Das Problem ist auch nicht, dass die Ansprache an die Bürgerinnen und Bürger »direkt« ist. Erstens ist »Direktheit« hier eine Illusion; es braucht schließlich ein Medium wie Twitter. Und zweitens ist es auch völlig in Ordnung, dass sich im Netz neue politische Kollektive bilden. Die Gefahr besteht darin, dass das Geschäftsmodell mancher Plattformen – Facebook ist das offensichtlichste Beispiel – de facto Hetze prämiert und die Nutzer mit immer radikaleren Angeboten dazu bringt, bei der Stange – sprich: auf der Plattform – zu bleiben. Die Wissenschaftler Quinn Slobodian und William Callison haben den Begriff *incitement capitalism* – »Aufhetzungskapitalismus« – geprägt¹, um diese Dynamik zu erfassen (wobei es natürlich auch Hetze ohne privaten Profit gibt); Shoshana Zuboff weist darauf hin, dass nicht Technologie an sich die konstante Überwachung des Online-Verhaltens zum Zweck,

1 Slobodian, Quinn/Callison, William: »Coronapolitics from the Reichstag to the Capitol«, in: Boston Review vom 12.1.2021. <https://bostonreview.net/articles/quinn-slobodian-toxic-politics-coronakspeticism/>

Werbeeinnahmen zu generieren, diktiert.² Die bei im weitesten Sinne liberalen Beobachterinnen und Beobachtern beliebte Vorstellung, wonach die irrationalen Massen sich die politischen Katastrophen Trump und Brexit selbst eingebrockt hätten – und man wieder mehr »Gatekeeper« bräuchte, um das Volk außen vor und ruhig zu halten – übersieht, dass spezifische Wirtschaftseliten für solche Geschäftsmodelle verantwortlich zeichnen, und nicht »der Mob«. Gehässigkeiten gäbe es auch ohne das Internet; dass sich die Gehässigen untereinander finden und ihre Gehässigkeiten verstärkt werden, bzw. man ihnen neue Gehässigkeiten suggeriert – das ist eine Frage von Strukturen, die man auch anders gestalten könnte.

Eigentlich wären die sozialen Medien eine wichtige Erweiterung der Infrastruktur der Demokratie – sie ermöglichen schlicht mehr an *Relationen* (um noch einmal an das Versprechen der ersten deutschen Zeitung zu erinnern). Die Furcht, sie reduzierten systematisch Pluralismus, gründet bekanntlich auf der Vorstellung, hilflose Menschen würden hier in Filterblasen gefangen und Echokammern eingesperrt. Neuere Forschungen zeigen, dass die These von den Echokammern selbst in einer Art wissenschaftlichen Echokammer immer wieder bestätigt wurde – aber empirisch nicht unbedingt plausibel ist. Wer einmal darüber nachdenkt, wird auch recht schnell zu dem Schluss kommen, dass wir uns in unserem Offline-Leben in recht homogenen Gruppen bewegen – im Netz aber ständig auch ganz andere Perspektiven mitkriegen (oftmals, das sei gleich hinzugefügt, zum eigenen Ärger). Damit soll nicht verneint werden, dass es regelrechte Selbstbestätigungswellen gibt; nur folgt daraus noch nicht, dass soziale Medien an sich anti-pluralistisch sind. Das Problem besteht eher darin, dass es – ganz anders als bei Parteien und traditionellen Nachrichtenmedien – keine Vielfalt von Anbietern gibt.

Demokratische digitale Infrastrukturen – Teil der Lösung?

Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe wichtiger Initiativen für demokratische digitale Infrastruktur, insbesondere öffentliche Plattformen, die sich nicht am Modell von Profit-durch-Überwachung-durch-Werbung orientieren. Analog zu der amerikanischen Corporation for Public Broadcasting

2 Zuboff, Shoshana: Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus, Frankfurt a.M./New York: Campus 2018.

– dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen, das es in den USA entgegen landläufiger Meinung durchaus, aber halt in kleinem Maßstab, gibt – hat man eine Corporation for Public Software vorgeschlagen. Damit stünden Apps zur freien Verfügung, die vor allem offenen Austausch unter Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen sollen. Es wäre einmal mehr naiv zu meinen, hier würde sich dann flugs Konsens ergeben: Kommunikationsfreiheit und Vergemeinschaftung, so Armin Nassehi einmal, schlossen sich eigentlich aus.³ Aber Kommunikationsfreiheit, die für Profit manipuliert wird, ist immer noch etwas Besonderes, das sich auch ganz anders regulieren ließe.

Dass all dies vielleicht nicht ganz so einfach ist, haben kluge Beobachterinnen und Beobachter immer wieder betont. Die Ansätze, die heute jedem einleuchten – mehr Wettbewerb statt Monopole; mehr individuelle Rechte für Nutzerinnen und Nutzer; mehr Transparenz – basieren auf Grundideen, welche schon Liberale im 19. Jahrhundert hätten herunterbeten können. Das macht diese Ideen nicht falsch; ob sie allerdings ausreichen, eine Plattformwirtschaft demokratiekompatibel oder gar -fördernd zu machen, ist eine berechnete Frage. Dieser Essay gibt auf diese Frage keine abschließende Antwort; zeigt aber auf, was eine kritische Infrastruktur der liberalen Demokratie überhaupt leisten soll.

3 Nassehi, Armin: *Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft*, München: C.H. Beck 2019.

